

Tagung „Rettet unsere Industrie“ – Schlussbemerkungen

Schlussbemerkungen

I.

Wir haben heute Nachmittag umfangreich und eindringlich von ausgewiesenen Fachleuten erfahren, was alles unsere Industrie bedroht. Es wurde auch aufgezeigt, was in dieser Lage getan oder immerhin vermieden werden sollte. Zeitverschwendung wäre es, das alles noch einmal in eigenen Worten nachzuerzählen. Stattdessen will ich Ihre Aufmerksamkeit ergänzend darauf lenken, was eine Umfrage unter 1800 Unternehmen aus der deutschen Industrie und industrienahen Dienstleistern zu unserem Thema im März 2020 – also noch vor den Corona- und Kriegsschocks – zutage gefördert hat (Quelle mit Link zum Download: <https://www.ihk.de/osnabrueck/innovation/aktuelles/dihk-veroeffentlicht-netzwerk-industrie-umfrage-2020-4827842>). Unterstützt von den deutschen Industrie- und Handelskammern, war das schon die fünfte thematisch gleich ausgerichtete Umfrage seit 2008, erlaubt also einen Blick darauf, was sich in den letzten Jahren verändert hat – sei es zum Besseren, sei es zum Schlechteren. Unter den befragten Unternehmen hatte knapp die Hälfte weniger als 50 Beschäftigte, während 15 Prozent mehr als 500 Mitarbeitende beschäftigten.

Die zentralen Ergebnisse lassen sich so zusammenfassen:

- Weil in den Befunden die Corona-Krise noch nicht eingepreist war, bekunden die überwiegend schlechten Bewertungen grundsätzliche und große strukturelle Probleme unseres Landes als Industriestandort.
- Nach 24 Faktoren für die Qualität Deutschlands als Industriestandort wurde gefragt. Der Mittelwert aller „Schulnoten“ für die 24 Schlüsselfaktoren sank von 3,2 im Jahr 2014 auf 3,6 im Jahr 2020 und ist die schlechteste Bewertung seit der ersten Umfrage vom Jahr 2008.
- Besondere Rückschritte verspürten die befragten Unternehmen bei der Wirkungsweise bürokratischer Hürden sowie bei den Energiekosten. Letzteres galt als Problem also schon zwei Jahre vor der inzwischen allgemein bekannten Energiekrise bzw. Energiepreiskrise.
- Allein die staatlichen Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden als leicht verbessert eingeschätzt. Politik kann also sehr wohl Probleme abstellen.
- Schlusslichter bei den Standortfaktoren sind, und zwar mit einer Bewertung als mangelhaft, die „Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen“, mit denen Unternehmen täglich zu kämpfen haben, sowie die „Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren“. Hier verschlechterte sich die Bewertung

gegenüber der Vorumfrage so stark wie bei keinem anderen Standortfaktor. Politik kann also sehr wohl auch Probleme erzeugen bzw. verschlimmern.

- Schon fast traditionell landeten bei den Standortfaktoren auf den schlechtesten Plätzen die Komplexität des deutschen Steuerrechts sowie die – damals im Vergleich zu heute noch viel niedrigeren! – Energiekosten. Beim Steuerrecht wurde beklagt, dass viele Sondervorschriften und zum Teil sehr kurzfristigen Steuerrechtsänderungen zu Rechtsunsicherheit und zu vermeidbaren Kosten bei der Befolgung der Gesetze führten. Und bei den Energiekosten bestätigte deren Einschätzung durch die Unternehmen schon längst vor der jetzigen Krise, dass hier ein strukturelles und langfristiges Risiko für den Industriestandort Deutschland besteht.
- Obendrein nahm von Umfrage zu Umfrage die Unzufriedenheit der Industrieunternehmen mit der digitalen Infrastruktur zu. Die Corona-Krise hat dann verdeutlicht, wie notwendig – und zwar ganz im Wortsinn – eine leistungsfähige Breitbandanbindung für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie ist. Doch gerade der ländliche Raum, seinerseits oft Sitz von international erfolgreichen mittelständischen Industrieunternehmen, ist nur unzureichend mit breitbandigen Internetanschlüssen versorgt.
- Wie ein Bild aus einer guten alten, stark auch von Hoffnungen getragenen Zeit mutet es an, dass noch im Jahr 2020 bei der Bewertung der Standortfaktoren auf Platz 1 die Energieversorgungssicherheit landete. Jetzt dürfte sich wohl ein anderer Wert ergeben, zumal dann, wenn das Abfragemodell auch noch die Kosten von verlässlich zur Verfügung stehenden Energien einbezüge. Doch schon 2020 hatte sich die Bewertung dieses Faktors im Vergleich zu 2017 merklich verschlechtert. Inzwischen dürfte als die Achillesferse unserer Wirtschaftskraft wirklich die Versorgung der Industrie mit ausreichender Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen erkannt worden sein.
- Als positiver Standortfaktor wurde auch die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Kunden vor Ort bewertet. Spätestens seit der Corona-Krise sowie der Unterbrechung etlicher Lieferketten durch Sanktionen mannigfacher Art dürfte weithin erkannt worden sein, dass – trotz aller Internationalisierung – die regionale Nähe von Dienstleistern und Zulieferern für das produzierende Gewerbe ein wichtiger Standortfaktor ist. Ganz wesentlich auch durch Politik lässt sich dieser Standortfaktor weiterhin sichern.

Verbindet man diese auf breiter Grundlage erhobene Lagebeurteilung aus den Reihen unserer Industrie mit den heute Nachmittag herausgestellten Einsichten, so drängen sich einige allgemeine Forderungen an die Politik auf. Denen kann – und sollte – teils auf EU-Ebene, teils im Rahmen unseres eigenen Staatshandelns nachgekommen werden.

- Erstens muss allen Versuchen widerstanden werden, die soziale Marktwirtschaft durch eine politisch-administrative Wirtschaftssteuerung um jenen besonderen Nutzen zu bringen, der unser Land einst zu einem wirtschaftspolitischen Vorbild machte.

- Zweitens muss unser Energie-Angebot erweitert werden. Es ist viel eher ideologisch als sachrational zu erklären, dass in diesem Zusammenhang die Nutzung der Kernenergie weiterhin so grundsätzlich bekämpft wird wie einst die Hexerei und das törichterweise unterstellte Treiben von vermeintlichen Hexen.
- Hinsichtlich der energetischen Basis unserer Wirtschaft darf der Staat durchaus nicht die Dinge treiben lassen. Also hat er aufgrund der gewaltigen sozialen Auswirkungen seines Tuns oder Unterlassens auch innerhalb eines grundsätzlich marktwirtschaftlichen Systems hinzuwirken auf einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis. Ob dieser in etwa bei 5 ct pro kWh liegen muss, haben die einschlägigen Experten zu errechnen und dann auch politisch zu vertreten.
- Für unsere Last- und Personenkraftwagen brauchen wir hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen saubere Kraftstoffe. E-Mobilität allein wird in politisch relevanten Planungszeiten nicht ausreichen, um den weiterhin erforderlichen Last- und Personenverkehr ökologisch vertretbar auszugestalten.
- Obwohl in Wohlstands- und Überflusszeiten leicht übersehen, ist auch die Gewährleistung nicht nur qualitativer, sondern auch quantitativer Nahrungsmittelsicherheit eine wichtige politische Gestaltungsaufgabe. Weitet man den Blick von Deutschland und Europa auf unseren ganzen Planeten, wird das erst recht klar.

Zwar mag es als eine unfaire Lastenverteilung empfunden werden, wenn Experten – sozusagen: „einfach nur“ – sinnvolle Forderungen formulieren und diese plausibel begründen, es aber „der Politik“ überlassen, solche Forderungen in die Praxis umzusetzen. Doch die Wirklichkeit zu gestalten, deren Teil unsere Gesellschaft und ihre Industrie ist, nennen ja Politiker selbst immer wieder ihre zentrale Berufsmotivation. Also tut man ihnen keineswegs Unrecht, wenn man ihnen immer wieder tatkräftiges Gestalten abverlangt. Obendrein werden wir ohnehin nicht vergessen, dass etliche unserer Industrie- und Wirtschaftsprobleme genau durch politisches Gestalten verursacht wurden, das zwar oft gut gemeint war, doch nicht selten ziemlich schlecht getan wurde – oder überhaupt mancherlei Funktionszusammenhänge ignorierte, die in der Welt nun einmal bestehen. Wenn uns also Politik folgenreiche Probleme beschert hat, dann sollen sich Politiker eben auch an deren Lösung machen.

Unsere eigene Aufgabe wird hingegen erfüllt, wenn wir die zu lösenden Probleme klar beschreiben und ihre Verursachungszusammenhänge tatsachengetreu offenlegen, wenn wir plausible Lösungswege deutlich aufzeigen, und wenn wir uns auch selbst mit solchen Positionen in die Öffentlichkeit stellen, die sachlich begründet, oft genug aber politisch nicht wohlgefallen sind. Dann schneiden uns Politiker wie Frau Fahimi viel lieber, als dass sie uns zunächst einmal zuhört und dann mit uns debattiert. Wie schade, dass das Ausmaß an praktizierter politischer Vernunft in unserem Land immer noch nicht auf der Höhe der politisch zu bewältigenden Probleme angelangt ist!